

# Laibacher Zeitung.

Nr. 170.

Freitag am 27. Juli

1855.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 30 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzjährig 12 fl., halbjährig 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbjährig 30 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzjährig, unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbjährig 7 fl. 30 kr. — Inzerationsgebühr für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, für einmalige Einschaltung 3 kr., für zweimalige 4 kr., für dreimalige 5 kr. G. M. Inzerate bis 12 Zeilen kosten 1 fl. für 3 Mal, 50 kr. für 2 Mal und 40 kr. für 1 Mal einzuschalten. Zu diesen Gebühren ist nach dem „provisorischen Gesetz vom 6. November 1850 für Inzerationsämter“ noch 10 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen.

## Amtlicher Theil.

**S. E. I. Apostolische Majestät** haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 8. Juli d. J. den Kameralrath und Vorstand der Tarnopoler Kameral-Bezirksverwaltung, Anton Machotka, in der Eigenschaft eines Finanzrathes zu der Finanz-Landesdirektion in Krakau, und den Vorstand der Lemberger Kameral-Bezirksverwaltung, Kameralrath Gustav Schurek, in gleicher Eigenschaft zu der Kameral-Bezirksverwaltung nach Jaslo zu übersetzen, ferner den Finanzsekretär der galizischen Finanz-Landesdirektion Josef Lupanz, zum Kameralrathe und Vorstände der Tarnopoler Kameral-Bezirksverwaltung allergnädigst zu ernennen geruht.

**S. E. I. Apostolische Majestät** haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 18. Juli d. J. den definitiv zu bestellenden Posten eines Staatsbuchhalters und ersten Vorstandes der provisorischen Staatsbuchhaltung in Krakau dem Vize-Staatsbuchhalter der Lemberger Staatsbuchhaltung, Wilhelm Weigel, allergnädigst zu verleihen geruht.

**Kaiserliche Verordnung.**  
Wirksam im lombardisch-venetianischen Königreiche, womit die Einberufung der Zentral-Kongregationen und der Wiederbeginn der Wirksamkeit derselben angeordnet wird.

Die Meinem lombardisch-venetianischen Königreiche mit dem Patente vom 24. April 1815 verliehene Landesvertretung, deren Wirksamkeit durch die Ereignisse des Jahres 1848 unterbrochen worden ist, hat nunmehr wieder vollständig in Thätigkeit zu treten.

Zu diesem Ende finde Ich, nach Vernehmung Meiner Minister und Anhörung Meines Reichsrathes, anzuordnen, was folgt:

1. Die Zentral-Kongregationen für die lombardischen und venetianischen Provinzen sind einzuberufen und haben für jene in Mailand, für diese in Venedig von dem Tage an, den Mein General-Gouverneur bestimmen wird, ihre gesetzliche Wirksamkeit wieder zu beginnen.

2. Zu diesem Behufe sind Wir in Gemäßheit des gedachten Patentes §. 8 die Vorschläge zur Ernennung der Mitglieder dieser Zentral-Kongregationen vorzulegen.

Bei der Erstattung und Einbeförderung dieser Vorschläge ist sich nach den Bestimmungen der §§. 9–12 des Patentes nur mit der Abweichung zu benehmen, daß die Provinzial-Kongregationen und die königlichen Städte für diese Ernennung ihre Vorschläge Unserm Statthalter zur weiteren Einbeförderung vorzulegen haben. Für die Befetzung von Stellen, die bei den Zentral-Kongregationen nach deren wieder begonnenen Wirksamkeit künftig in Erledigung kommen werden, hat hingegen der §. 12 des Patentes wieder vollständig in Anwendung zu treten.

3. Die durch das Patent vom 24. April 1815 dem Gouverneur und dem Gubernium ertheilten Amtsbefugnisse und übertragenen Amtshandlungen gehen auf Unsere Statthalter und Statthaltereien über.

4. Der Geschäftskreis und die Geschäftsordnung der Zentral-Kongregationen bleiben, so lange nicht von Wir eine Aenderung verfügt wird, in dem bisherigen gesetzlichen Zustande; wobei übrigens der mit den Erlassen vom 4. und 10. August 1848 erweiterte Wirkungsbereich der Provinzial-Kongregationen gegenwärtig ungeändert bleibt.

Laxenburg den 15. Juli 1855.

Franz Joseph m. p.

Graf Buol-Schauenstein m. p.

Freiherr v. Bach m. p.

Auf Allerhöchste Anordnung:

Ransonnet m. p.

## Nichtamtlicher Theil Oesterreich.

Wien, 24. Juni. Die „Wiener Ztg.“ schreibt: Die „Leipziger Zeitung“ genüßt alle Privilegien eines Amtsblattes der königlich sächsischen Regierung. Ist nun auch unbestritten, daß der nicht-offizielle Theil eines solchen Organs nicht als der Ausdruck der An-

sichten des betreffenden Kabinetts angesehen werden kann, so wird doch in den meisten Staaten genügend Einfluß auf die Leitung der Redaktion eines so gestellten Blattes genommen, um der Aufnahme von Artikeln und Korrespondenzen vorzubeugen, welche Thatsachen verfälschen oder die Politik einer bundesfreundlichen Macht verdächtigen. Es ist dieses eine Pflicht der Schicklichkeit und des Anstandes, welche zu üben selbst große Mächte ihren Organen gegen mittlere und kleinere Staaten auferlegen.

Es muß bedauert werden, daß eine solche wohl-berechtigte und natürliche Ueberwachung der bevorzugten Zeitung des Königreichs Sachsen sich als ungenügend darstellt, da sonst ein „aus Preußen“ datirter Artikel über die Politik Oesterreichs in der orientalischen Frage (außerordentliche Beilage zu Nr. 164 der „Leipziger Ztg.“) in dem eben genannten Blatte nicht hätte erscheinen können.

Wir werden uns nicht herbeilassen, die Grundanschauung, welche der Verfasser zur Geltung zu bringen sich bemüht, in ihrer Haltlosigkeit aufzudecken, noch das Truggewebe seiner Voraussetzungen und Schlussfolgerungen in Betreff der Politik Oesterreichs zu zerreißen. Die Absicht des Artikelschreibers wird kein einsichtsvoller Leser verkennen; Jeder findet bei näherer Prüfung die Widersprüche, in die derselbe mit kaum vorangestellten Behauptungen sich verwickelt, durchschaut bei einiger Aufmerksamkeit die absichtliche Gruppierung von wahren und unwahren Dingen für den zugestandenen Zweck, eine Einigung Deutschlands mit Oesterreich möglichst zu hintertreiben.

„Das unheilvolle Augustprogramm“ hatte nachträglich nicht nur Preußen sich bereit erklärt anzunehmen, sondern der deutsche Bund hat es in seinem Beschlusse vom 9. Dezember v. J. in seiner Totalität akzeptirt. Daß dabei den beiden ersten Punkten ein besonderer Werth für Deutschland zugestanden wurde, schwächt die Annahme der beiden andern nicht im Geringsten. Der deutsche Bund hat somit nichts Neues, hat keine andere Basis anzuerkennen, als die von ihm längst gutgeheißene: er hat nur einfach und offen seinen gegebenen, geschäftsordnungsmäßig formulirten Ausspruch festzuhalten. Die lächerliche Behauptung, ein derartiger Beschluß werde „eine De-

## Feuilleton.

### Zur Belehrung und Beruhigung.

(Schluß.)

Während der Choleraepidemie haben auch die Gesunden verschiedene Beschwerden. Am häufigsten wird über Unbehagen im Leibe, Gurren, Kollern, Gefühl von Druck in der Herzgrube geklagt und eine sehr gewöhnliche Erscheinung sind starke nächtliche Schweiß. Alle diese Symptome, so sehr sie auch den Einzelnen beunruhigen, sind ganz gefahrlos, und man muß sich wohl hüten, sie durch Arzneimittel beseitigen zu wollen; zum Theile rühren sie wirklich nur von der Angst her, zum Theile von Unregelmäßigkeiten in der Verdauung, welche man erst jetzt, bei größerer Aufmerksamkeit auf seinen Körper, wahrnimmt; zum Theile mögen sie wohl Folge der herrschenden Krankheitskonstitution sein, aber sie sind nichts desto weniger keiner besondern Aufmerksamkeit werth, ja sie vermehren sich durch Sorgfalt, und verschwinden manchmal am sichersten, wenn man heitere Gesellschaft aufsucht und sich ein Glas guten Weines schmecken läßt. Ich habe diesen Zustand, mit großer Niedergeschlagenheit verbunden, manchmal an Aerzten beobachtet, sie hielten sich dann ängstlich zu Hause, wollten nichts mehr genießen, verordneten sich unpassende Arzneien und kamen immer mehr herunter;

ich glaube, da und dort einem Kollegen und Freunde wirklich genügt zu haben, indem ich ihm rieth, auszugehen und die gewohnte Lebensweise wieder anzufangen. Ich habe mir in ähnlicher Lage selbst diesen Rath gegeben und auch mit bester Wirkung befolgt. Unpassend hier, wie überhaupt während der Choleraepidemie riskirt, ist der Gebrauch von Abführmitteln. Nur auf Anordnung der Aerzte darf man solche nehmen; sie werden hoffentlich mit denselben sparsam sein.

Die im Vorhergehenden gegebenen Rathschläge, so bewährt sie durch eine vielseitige Erfahrung sich gezeigt haben, werden doch auf die Sterblichkeit einer Gegend, in welcher die Cholera ausgebrochen ist, nur einen geringen Einfluß ausüben, wenn es unmöglich ist, den exponirtesten Theil der Gesellschaft, die Armen, in die Lage zu setzen, sie zu befolgen. In Folge der Armuth sind die Menschen den erregenden Ursachen der Cholera vorzugsweise ausgesetzt. Ungesunde Wohnung, dürftige Kleidung, ungenügende ungesunde Nahrung, Unwissenheit in Betreff der eigenen Körperverhältnisse, Unmöglichkeit, schon bei kleinem Unwohlsein die Arbeit zu verlassen, daraus folgende Gewohnheit, den Arzt erst zu rufen, wenn die Krankheit schon weit vorgeschritten ist, das sind die von der Armuth kaum zu trennenden Nachtheile. Sie kosten in gewöhnlichen Verhältnissen dem Proletarier häufig Gesundheit und Leben; sie sind zur Zeit der Cholera von furchtbarer Wirksamkeit. Für die Armen zu sorgen, während diese Seuche herrscht, ist ein unabwiesliches Gebot der Menschlichkeit, ja selbst der Klugheit; denn wo es nicht geschieht, oder nicht

hinlänglich geschehen kann, da werden die Armen in ungeheuerem Mißverhältnisse weggerafft; da bemächtigt sich ihrer der tolle Wahn, sie werden von den Reichen vergiftet, und es bricht die Verzweiflung in schrecklichen Schlächtereien aus. Die Mittel, um die Sterblichkeit unter den Armen zu vermindern, sind einfach. Vor Allem suche man sie zu beschäftigen, damit sie das Nöthige verdienen. Man gebe von entbehrlichen Kleidungsstücken, namentlich Strümpfen und Schuhe für die Kinder, damit sie nicht barfuß laufen; Bettstühle, wo sie mangeln. Man thut dies so oft für Abgebrannte; von der Cholera heimgesuchte Arme bedürfen es eben so sehr. Man muß Suppenanstalten errichten, wo nicht bloß notorisch Arme umsonst, sondern auch der Minderbemittelte um geringen Preis eine gesunde Nahrung erhalten kann.

Eine ungleich schwierigere Aufgabe ist es, die Wohnungen der Armen zu verbessern; hier läßt sich eine wirkliche Hilfe nicht nach dem augenblicklichen Bedarfe improvisiren, doch kann bei gutem Willen und einsichtiger Leitung wenigstens hinsichtlich der Reinigung und Lüftung manches Nützliche geschehen. Durch solche Vorsorge, unterstützt durch passende Belehrung, können also auch für die arme Klasse die Gelegenheitsursachen der Diarrhöen vermindert werden. Bei der Lebensweise und Beschäftigung derselben werden jedoch hier während der Herrschaft der Cholera Diarrhöen immer ungleich häufiger sein, als bei den Wohlhabenden. Daß diese Diarrhöen rechtzeitig behandelt werden, ist nun eines der wichtigsten Postulate der medizinischen Polizei. Die Familien-



monstration gegen die Westmächte bedeuten“, glaubt der Verfasser des besagten Artikels selbst so wenig, daß er kurz zuvor Oesterreich vorwirft, es suche „die Nachwirkungen seiner Intimität mit Frankreich und England in seine Bündnisse mit Deutschland hinüber zu tragen.“ Auf solche Weise falsche Flagge aufziehen, ist ein Vexillum, das keinen Verständigen zu täuschen vermag.

Ebenso ungeschickt erfunden ist die Insinuation jenes Artikels in der „Leipziger Zeitung“, als sei, „wie glaubwürdig versichert werde (!)“, die mit Preußen engverbundene und stammverwandte Großmacht an der Donau „angeblichen geheimen Bestrebungen und sein gesponnenen Intriguen zu Kopenhagen gegen tief begründete Wünsche und Forderungen Preußens nicht fremd geblieben.“ Von derartigen „tief begründeten Wünschen und Forderungen“ in Kopenhagen ist uns nie etwas zur Kunde gekommen und konnte denselben somit von österreichischer Seite weder direkt noch auf Umwegen entgegen gearbeitet werden.

Wenn endlich der fragliche Artikel der „Leipziger Zeitung“ so weit geht, daß er „den Zustand und die mangelhafte Versorgung mit Schießbedarf bei den an den österreichisch-russischen Grenzen aufgestellten österreichischen Truppenkörpern“ als einen Beleg für seine Verdächtigungen hinstellt, so liegt die Absicht einer solchen vorbedachten Unwahrheit allerdings auf der Hand. Zu verwundern bleibt jedoch immerhin, wie — ganz abgesehen von ihren Verhältnissen zu der eigenen Landesregierung — ein angeblich konservatives Blatt es wagen darf, eine so schändliche Verleumdung gegen die oberste Militärbehörde des ersten unter den deutschen Bundesstaaten und einer Sachsen nahe befreundeten Großmacht aufzunehmen und zu verbreiten. Der in jeder Beziehung treffliche Zustand der kaiserlichen Armeen und ihre Ausrüstung hat die Allerhöchste Anerkennung gefunden, wie er die Bewunderung aller Militärs hervorruft; er erhöht nur den großen moralischen Werth der Selbstbestimmung eines Souverains, welcher — über solche Heere gebietend — doch stets nur die vereinten Interessen seines Reiches, des bundesverwandten Deutschlands und des gesammten Europa's seinen Entschlüssen zu Grunde legt. So hoher Rücksichtnahme sollte ein konservatives deutsches Blatt am wenigsten seine dankbare Anerkennung verweigern, jedenfalls aber sich hüten, die Motive einer deutschen Vormacht zu ihren wichtigsten Beschlußnahmen auf solche Weise herabzuwürdigen.

— Die Erhaltung der sämtlichen Strafanstalten in der Monarchie hat im verflossenen Jahre einen Aufwand von 2,946,666 fl. erfordert; im Vergleiche zum Jahre 1853 war der Aufwand um 639,692 fl. höher.

— In Triest sind vom 23. Juli Abends um 8 Uhr bis zum 24. Abends um 8 Uhr, in der Stadt 27, in vorstädtischen Umgebungen 33, in den Dorfschaften des Gebietes 12, im Spitale 36, zusammen 108 Personen an der Cholera erkrankt, 33 genesen und 46 gestorben. — In Behandlung 491.

Nicht nur in unserer Stadt, schreibt die „Triester Ztg.“, sondern auch in anderen Gegenden des Küstenlandes, wo die Epidemie ausgebrochen, zeichnet sich

der ärztliche und der geistliche Stand durch musterhaften und lobenswerthen Eifer aus. Unter den Geistlichen nennt der „Osservatore triestino“ besonders den Pfarrer Fr. Barbali auf der Insel Veglia. Dieser siebenzighährige Greis leistete nicht nur den Kranken thätigen Beistand, sondern vertheilte unter die Bedürftigen sein ganzes Vermögen, während er in seiner Küche Suppe, Fleisch und Brot für die Armen bereiten ließ. Eben so musterhaft war das Benehmen des Arztes Herrn Dr. J. Gollmayr in Bescanuova und des von der h. Statthalterei dahin entsendeten Triester Arztes Herrn Dr. A. Zencovich. — Einer der wenigen Ärzte, welche zeitweilig unsere Stadt verlassen, ist zurückgekehrt. Hoffentlich werden die übrigen seinem Beispiele folgen.

Agram, 22. Juli. Mit Ausnahme einzelner Strecken lauten die Berichte über das Ergebnis der dießjährigen Getreideernte aus allen Kronländern Oesterreichs befriedigend. Im Banat hat allerdings die Gerste durch die Ungunst der anfänglichen Witterung gelitten; die von der Frühjahrüberschwemmung heimgesuchte Gegend des linken Theißufers und landeinwärts bis gegen Groß-Beckerek bieten allerdings durchschnittlich ein in jeder Beziehung unerfreuliches Resultat; die in der Arader Gegend gewonnene Brotrucht darf auch nur als leidlich bezeichnet werden, dahingegen wird dieß Alles dort, wie auch in andern Gegenden Ungarns, durch die besonders vorzügliche Ergiebigkeit des Weizens, Kukuruz und Hafers ersetzt, so daß man im Allgemeinen die Ernteergebnisse mehr als mittelmäßig nennen kann; das Verhältniß zur vorjährigen Ernte darf durchschnittlich füglich wie 2 zu 1 genommen werden.

Schließen wir diesen Nachrichten die Mittheilung an, daß die preußische Regierung von den dortigen landesrätlichen Aemtern bereits günstige Berichte über den Stand der Wintersaaten erhalten hat; daß noch in keinem Theile Deutschlands begründete Klagen über Mißrathen der Feldbestände laut geworden sind; daß man in England ein ziemlich gutes Ertragniß erwartet und in Frankreich über das Gedeihen der Saaten vollkommen beruhigt, in Polen und Rußland nicht unzufrieden ist, und aus Egypten einer Ausfuhr von 16 Millionen, so wie aus Algier einer von 13 Millionen Preßburger Weizen Getreide entgegensteht; — daß endlich, Berichten aus New-York zufolge, seit Menschengedenken die Ernte in Amerika nicht reicher als dieß Jahr war, daß das Getreide, im Süden bereits geschnitten, auf eine fabelhafte Weise ausgibt, und in den nördlichen Staaten Alles einen gleichen Ueberfluß hoffen läßt, so darf man sich vielleicht jetzt schon der beruhigenden Aebverzeugung hingeben, daß Europa für die nächsten 12 Monate vor den schweren Leiden eines Nothjahres so ziemlich sicher gestellt ist. (Agr. Ztg.)

## Deutschland.

Die preußische Depesche vom 5. Juli an den Grafen Arnim in Wien lautet nach dem „Pr. Wochenblatt“ wörtlich:

Berlin, den 5. Juli 1855.

Wir verdanken nunmehr der gefälligen Vermittlung des Grafen Esterhazy die vertrauliche Mittheilung des Entwurfs der Erklärung, welche Freiherr

v. Prokesch, Namens seiner Allerhöchsten Regierung, in Betreff der orientalischen Frage, in der Bundesversammlung abzugeben beauftragt werden soll. Nicht minder hat das Wiener Kabinet die Güte gehabt, das Zirkular zu unserer Kenntniß zu bringen, durch welches Graf Buol unter dem 28. v. M. die deutschen Regierungen von dem beabsichtigten Schritte des kaiserlich österreichischen Hofes benachrichtigt. Ich habe kaum nöthig, Euer Excellenz zu versichern, daß diese Schriftstücke der königlichen Regierung das lebhafteste Interesse dargeboten haben, und daß wir uns bei deren Beurtheilung von der bundesfreundlichsten Gesinnung gegen das kaiserlich österr. Kabinet, so wie von dem aufrichtigen Wunsche leiten lassen, den Aeußerungen, zu denen die Bundesversammlung berufen sein könnte, thunlichst den Charakter der Einmüthigkeit zu geben.

In dieser Beziehung nehme ich vor Allem mit Genugthuung von der in dem Zirkular vom 28. ausdrücklich enthaltenen Erklärung Akt, daß es sich für den Bund nicht darum handeln kann, neue Verbindlichkeiten zu übernehmen oder die bestehenden zu erweitern. Daß dieß auch mit der dießseitigen Auffassung völlig übereinstimmt, davon geben zahlreiche, in jüngster Zeit von der königlichen Regierung ausgesagene Astenstücke das unzweifelhafteste Zeugniß, und es könnte deshalb nur die Frage entstehen, ob es, um lediglich an seinen früheren Beschlüssen festzuhalten, überhaupt einer neuen Erklärung Seitens des Bundes bedürfe. Wir würden, hätten wir dabei nur unsere eigenen Verhältnisse im Auge, geneigt sein, diese Frage zu verneinen, da Preußen, schon in seiner Eigenschaft als europäische Macht, in militärischer Beziehung unter allen Umständen in derjenigen Bereitschaft bleibt, die dem Bundesbeschlusse vom 8. Februar entspricht.

Wenn wir indeß, obwohl die Hoffnung auf Herstellung des Friedens zwischen den kriegführenden Mächten zur Zeit nicht in Erfüllung gegangen ist, doch die jüngste Gestaltung der Dinge nach den uns gemachten Mittheilungen in dem Sinne auffassen zu dürfen glauben, daß die aktive Theilnahme am Kriege für Oesterreich in die Ferne gerückt ist, und die an eine solche sich knüpfenden Besorgnisse dadurch auch für Deutschland wesentlich verringert sind, so würden wir den Wunsch unserer deutschen Verbündeten, die ihnen durch den Beschluß vom 8. Februar auferlegten Verpflichtungen in geeigneter Weise, etwa durch Verlängerung des Bereitchaftstermins, erleichtert zu sehen, nicht anders als gerechtfertigt finden können.

Hierüber das nöthige Einverständnis zu erzielen, wird gewiß die Berathung der Sache in den Ausschüssen die beste Gelegenheit bieten, welchen die österr. Erklärung doch um so mehr wird übergeben werden müssen, als der Wortlaut derselben vorher nicht zur Kenntniß der übrigen deutschen Regierungen gebracht ist, und eine gründliche und allseitige Prüfung einer so umfassenden Darlegung, gewiß auch nach der Ansicht des kaiserlich österr. Kabinetts, unumgänglich nöthig erscheint.

Was die königliche Regierung betrifft, so ist deren Stellung zu dem Dezerembervortrage und den Verhandlungen, die sich an denselben angeschlossen haben, allseitig bekannt. Preußen ist diesem Vertrage, un-

hauptsächlich in den bemittelten Ständen werden es sich zur Pflicht machen, jeden Tag ihre Angehörigen — namentlich Kinder und Gefinde — zu befragen, ob sie wohl sind, besonders ob sie nicht an Diarrhöen leiden. Sie werden, sobald eine solche vorhanden ist, die oben angegebenen Vorschriften befolgen und sich dadurch vor dem Schrecken eines Cholerafalls im eigenen Hause bewahren. Bei den Armen ist an eine solche Aufsicht nicht zu denken. Hier muß sie, so viel möglich, der Staat übernehmen. Zu dem Ende wurden zuerst von englischen Ärzten in London, dann im Auftrage der bayerischen Regierung von mir in Mittenwald, später in großartigem Maßstabe in München Vorkehrungen getroffen, welche sich höchst wirksam erwiesen. Man theilt jede Stadt, jedes Dorf in kleine Reviere, stellt jedes unter einen Arzt, welchem man das benötigte Hilfspersonale unterordnet. Diese theilen das Revier wieder in kleinere Parzellen und besuchen unaufgefordert die Häuser der Armen. Dort werden sie häufig genug Diarrhöen entdecken, welche niemals zur Behandlung gekommen und oft genug in die Cholera übergegangen sein würden, so aber leicht zu beseitigen sind. Zu ihrer Unterstützung müssen Krankenwärter in hinlänglicher Anzahl vorhanden sein. In den Universitätsstädten bietet sich an den Studierenden der Medizin ein sehr willkommenes Hilfspersonale dar. An andern Orten kann diese Einrichtung wegen Mangel an geeigneten Personen schwieriger auszuführen sein; hier können aber menschenfreundliche Bürger fast daselbe leisten, wenn sich Jeder die Aufsicht über einige arme Familien angelegen sein läßt und allfällige Erkrankun-

gen sogleich dem betreffenden Arzte anzeigt. Nothwendig ist hierbei immer, daß der Staat eine Anzahl lizenziirter Ärzte zur Disposition habe, welche er so wohl in ergriffene, von ärztlicher Hilfe entfernte Ortschaften, als auch in Städte schickt, wenn die Kräfte der dortigen Ärzte nicht zureichen. Diese Einrichtung ist nicht irgend ein idealischer Wunsch, sondern, wie oben bemerkt, bereits mehrfach mit dem entschiedensten Erfolge ausgeführt. Wie man in München diese ganze lebensvolle Organisation sich auflösen sah, da mußte man unwillkürlich bedauern, daß sie nicht fortbestehen konnte. Während man von blutigen Aufständen an andern Orten hörte, war hier bei der täglich sichtbar sich erneuernden Sorge für die ärmere Klasse in dieser sogar ein gewisses Behagen zu bemerken. Sagten doch profane Spötter, die Armen würden gerne das ganze Jahr die Cholera in der Stadt haben wollen, wenn es ihnen immer so gut gehe. Und doch war ihnen keinerlei Luxus, nur das zu Theil geworden, dessen sich die wohlhabende Klasse als etwas sich von selbst Verstehenden nicht einmal mehr zu freuen vermag.

Die Cholera ist, mit nicht in's Gewicht fallenden Ausnahmen, die Krankheit des Proletariats. Sie, die hereinbricht, ohne daß wir sie aufzuhalten vermögen, ist in diesem ihren überwältigenden Charakter eine höhere, eine göttliche Schickung. Diesem gegenüber sind wir ohnmächtig. Aber das ist unsere menschliche Arbeit an ihr und dazu reichen unsere Kräfte wohl aus, daß wir ihr einen großen Theil ihrer Opfer auf dem angegebenen Wege entziehen. Doch damit soll unsere Schuld an die Armuth nicht abgetragen

sein. Was man jetzt schon sogleich und ohne Widerrede überall thut, wo die Cholera ausbricht, das muß sich fortwährend von der lebendigen wohlwollenden Sorge der Besitzenden umgeben und geschützt fühlen, damit es dem, der arbeiten kann und will, nicht daran fehle, worauf jeder leibliche Mensch vollen Anspruch hat: gesunde Wohnung, schützende Kleidung, hinreichende Nahrung, im Erkrankungsfall rechtzeitige ärztliche Hilfe und Unterstützung für die verarmten Arbeitsstage. Eine natürliche und mögliche Ausgleichung zwischen Reichtum und Armuth findet während der Cholera um so bereitwilliger Statt, da Schwelgerei auf der einen und Mangel auf der andern Seite gleich wirksame Ursachen der Krankheit sind. Aber die Gefahr dieser beiden Gegensätze für die Gesundheit ist zu allen Zeiten vorhanden, sie ist die Quelle der meisten Krankheiten; während der Cholera springt sie nur stärker in die Augen. Und wie dem Einzelnen, der während der Epidemie ein fleißiges und nüchternes Leben aus Angst vor der Krankheit beginnt, und dann aus Gewohnheit fortsetzt, so könnte diese jetzt noch so gefürchtete Seuche der ganzen Menschheit zum Segen gereichen, wenn wir uns dazu entschließen wollten, eine ernste weltgeschichtliche Mahnung zu verstehen.

## Miszellen.

(Neunzig Calabreser), welche die Münchner Polizei konfisziert hatte, sind dieser Tage an die dortige Hoftheater-Garderobe um zehn Gulden verkauft worden.



geachtet der an dasselbe gerichteten Einladungen, nicht beigetreten. Eine ausdrückliche Billigung sowohl dieses Vertragsabschlusses, als der mit demselben im Zusammenhange stehenden Konferenz-Verhandlungen, würde uns daher mit unserer politischen Vergangenheit in grellen Widerspruch setzen. Wir sind im Voraus überzeugt, daß dieß nicht die Absicht des Wiener Kabinetts sein kann. Wenn wir gern anerkennen, daß dasselbe, nachdem es einmal den Dezembervertrag abgeschlossen, ohne darüber mit uns und Deutschland zu berathen, und nachdem auf Grund dieser Allianz mit außerdeutschen Mächten auch Fragen, die deutsche Interessen berühren, zum Gegenstand der Besprechung in Wien gebracht wurden, besonders durch seine jüngste, die Gefahr des Krieges von Oesterreich und damit auch von Deutschland abwendende Haltung, nach Kräften im deutschen Interesse zu wirken bemüht ist, so würde doch eine rückhaltlose Billigung des ganzen Allianzverhältnisses, das, ungeachtet der augenblicklichen Divergenz über eine Frage der Ausführung als seinem Zwecke nach fortbestehend ausdrücklich bezeichnet wird und deshalb mit seinen eventuellen Verpflichtungen im weiteren Verlauf der kriegerischen Entwicklung unter den drängendsten Formen wieder zur Geltung kommen kann, — eine Solidarität in sich schließen, die Preußen, jetzt wie früher, mit seinen politischen Ueberzeugungen, wie mit der Fürsorge für seine und Deutschlands wahre Interessen unverträglich findet und daher jetzt eben so offen und loyal ablehnen muß, als gleich nach Abschluß des Dezember-Vertrages. Eine solche Billigung würde, im Mißverständnisse, die jetzt, wo es vor Allem Noth thut, Klarheit in die Stellung des Bundes zu bringen, doppelt unerfreulich wären, zu vermeiden, nur dann erfolgen können, wenn und insoweit andererseits auch Oesterreich die von Preußen und Deutschland von ihrem Standpunkt aus konsequent verfolgte Politik ausdrücklich billigte. Aber selbst eine solche nachträgliche gegenseitige Billigung würde, bei Rekapitulation der Thatfachen, die Divergenzen der Vergangenheit in vielleicht unerwünschter Weise hervortreten lassen und wir möchten daher dem kaiserlichen Kabinete andeuten, ob es nicht vorzuziehen wäre, auf dieselbe im Interesse der angestrebten Einigung beiderseits zu verzichten.

Wir werden in dieser Erwägung noch mehr bekräftigt durch die in dem österreichischen Entwurfe enthaltene Erklärung, die einmal von Oesterreich anerkannten Grundlagen des Friedens unwiderruflich aufrecht erhalten zu wollen. In sofern hierdurch eine unter allen Umständen zu erzielende Durchführung der als unzertrennbares Ganzes gedachten 4 Punkte bezeichnet werden soll, würde dieß über den Bundesbeschluß vom 9. Dezember v. J. weit hinausgehen. Für Deutschland besteht eine solche Verpflichtung nicht. Nur die zwei ersten Punkte hat es beschlossen, sich aneignen und festhalten zu wollen. Seit Rußland erklärt hat, dieselben für sich ebenfalls auch fortan als bindend zu betrachten, so lange Deutschland und Oesterreich nicht am Kriege Theil nimmt, waltet kein Grund ob, dieselben als von dieser Seite gefährdet zu betrachten. Auch diese Punkte erhalten indeß ihren wahren Werth erst durch die Ausführung, und in Bezug auf diese glaubt Preußen sich in seinem und Deutschlands Namen die geeignete Bethheiligung wiederholt vorbehalten zu müssen.

Was den dritten Punkt betrifft, so bezieht sich derselbe einerseits auf die Erhaltung der Integrität der Türkei, andererseits auf die Verminderung des russischen Uebergewichts im schwarzen Meere. In ersterer Beziehung waltet eine Differenz der Ansichten kaum ob. Oesterreich erklärt seinerseits, zum Schutze dieser Integrität die beiden Donaufürstenthümer noch länger besetzt halten zu wollen. In wie fern und auf wie lange dieß erforderlich ist, wird der Verständigung zwischen Wien und Konstantinopel zu bestimmen vorbehalten bleiben können, denn die Besetzung der Fürstenthümer ist auf Grund eines Vertrags zwischen Oesterreich und der Pforte erfolgt. Vom deutschen Standpunkte aus ist gerade jetzt der Fall eines russischen Angriffs, den man beim Bundesbeschluß vom 9. Dezember im Auge hatte, wohl weniger als je zu besorgen. Sollten dagegen je die Verhältnisse für die Gefährdung des deutschen Gebietes wieder bedrohlicher werden, so steht der Entschluß, die Sicherheit des Vaterlandes zu wahren, gewiß bei allen deutschen Regierungen so fest, daß zu deren Schutz in kürzester Zeit, den Bundespflichten gemäß, die thätigsten Maßnahmen erfolgen würden. Se. Majestät der König, unser allergnädigster Herr, ist jedenfalls entschlossen, für diesen heiligen Beruf mit seiner ganzen ungeschwächten Kraft einzutreten.

Die Verminderung des russischen Uebergewichts im schwarzen Meere ist derjenige Punkt, an dessen näherer Feststellung das Einverständnis zwischen Oesterreich und den anderen Kontrahenten des Dezember-Vertrages gescheitert und wodurch der Schluß der Friedensverhandlungen überhaupt herbeigeführt ist. Wir

enthalten uns jedes Eingehens auf die Frage, wer diesen Ausgang herbeigeführt hat, und zollen gern den auf den Frieden gerichteten Bemühungen des österr. Kabinetts unsere Anerkennung. — Nachdem die selben aber nunmehr erfolglos geblieben sind, nachdem die Kabinete von Paris und London keinen Zweifel darüber lassen, daß sie sich an ihre in den Konferenzen abgegebenen Erklärungen nicht mehr für gebunden halten, bilden alle die einzelnen Vorschläge, die zur Lösung dieses Punktes in- und außerhalb der Konferenz zur Sprache gekommen sind, nicht sowohl eine bestimmte Basis, zu deren Durchführung eine Verpflichtung zu übernehmen rathsam erscheint, als vielmehr nur beachtenswerthes Material, das, je nach der, leider ausschließlich der kriegerischen Entscheidung anheimgefallenen Entwicklung der Verhältnisse, vielleicht zur Aushahnung eines gesicherten Rechts- und Friedenszustandes verworther werden können, für welche der Bundesbeschluß vom 9. Dezember die 4 Punkte ihrem wesentlichen Inhalte nach als eine geeignete Grundlage bezeichnet. Sich in Bezug auf die Benützung dieses Materials irgendwie die Hände zu binden, können wir nur für mißlich halten und möchten es selbst dem kaiserlich österr. Kabinete nicht empfehlen, noch weniger aber unseren deutschen Verbündeten rathen.

Vorstehendes sind die hauptsächlichsten der Bemerkungen, zu denen uns der uns mitgetheilte österr. Entwurf Veranlassung gegeben hat, und die ich Ew. Excellenz daher, dem uns zu erkennen gegebenen Wunsche gemäß, durch abschriftliche Mittheilung des gegenwärtigen Erlasses zur Kenntniß des Herrn Grafen v. Buol zu bringen bitte.

Es wird von lebhaftem Interesse für uns sein, zu erfahren, ob und in wie weit etwa unsere Erwägungen, denen wir offen und freimüthig Ausdruck zu geben für unsere Pflicht gehalten haben, auf den vom kaiserlich österreichischen Kabinete in dieser Angelegenheit einzuschlagenden Gang von Einfluß sein dürften.

Empfangen 12. 12.

(gezeichnet) Manteuffel.

## Großbritannien.

Forsetzung der dem englischen Parlamente vorgelegten Aktenstücke über die Wiener Konferenz.

Auf die österreichischen Vorschläge, wie dieselben in der am 20. Mai von dem Grafen Buol nach London beförderten Depesche formulirt waren, erging am 2. Juni eine an den Grafen Westmoreland in Wien gerichtete Antwort Lord Clarendons. Letzterer erklärt im Eingang, daß er nur auf der Unmöglichkeit beharren könne, den erneuerten Vorschlägen beizustimmen, und er drückt sein tiefes Bedauern aus, daß Oesterreich der englischen Regierung jetzt in der Angelegenheit seine Unterstützung entziehe. Er werde jedoch alle Diskussion, die irritierend sein könne und welche auch, nach dem Tone der Depeschen des Grafen Buol zu urtheilen, als unnütz angesehen werden müsse, vermeiden. Nur in Betreff einiger Punkte, die in den, an den Grafen Colloredo und den Baron Hübnert in Paris gerichteten österreichischen Depeschen besonders hervorgehoben werden, glaubt Lord Clarendon einige weitere Bemerkungen sich gestatten zu müssen. Er unterwirft hierauf das vorgeschlagene System des Gegengewichts gegen Rußland einer Kritik, um auszuführen, daß dasselbe nur zu einem unausgesetzten Wettstreit um das Uebergewicht auf dem schwarzen Meere zwischen den Verbündeten und Rußland führen, mithin die Beunruhigungen der früheren Periode und die Lasten der Gegenwart verlängern könne. Die österreichische Proposition müsse also als unannehmbar gelten. Es heißt am Schlusse:

„Ich sagte dem Grafen Colloredo auch schon früher, ich müsse mein Bedauern darüber aussprechen, daß Graf Buol jetzt der Ansicht sei, daß der Vorschlag, die Flotte Rußlands zu beschränken, nur als eine der Bedingungen betrachtet werden könne, in Betreff welcher die kriegsführenden Theile sich ausdrücklich das Recht vorbehalten haben, sie über die vier Punkte hinaus aufzuerlegen und welche die Fortdauer der Feindseligkeiten möglicherweise nöthig machen könnte, denn Ew. Excellenz hat, nach meinem besten Glauben, den Vorschlag nicht aus diesem Gesichtspunkte betrachtet, selbst nicht, als er denselben mit den Bevollmächtigten von Frankreich und England diskutierte, vielmehr hat er denselben in der Konferenz unterstützt und den russischen Bevollmächtigten die Annahme desselben empfohlen, als des besten Mittels, der dritten Basis Wirksamkeit zu geben. Der Zweck der dritten Basis ist, dem Uebergewichte Rußlands im schwarzen Meere ein Ende zu machen; die Beschränkung der russischen Flotte in jenem Meere trifft daher ganz mit diesem Zwecke zusammen und ist nicht ein besonderer und separater von den vier Grundla-

gen getrennter Vorschlag, den vorzubringen sich die Verbündeten nur, je nachdem die Ergebnisse des Krieges dieses nöthig machen möchten, das Recht vorbehalten hätten. Ich ersuchte den Grafen Colloredo, dem Grafen Buol die Versicherung zu geben, daß wir nicht, wie er annehme, jedes andere Projekt, das eben so wirksam sein würde, im Voraus ausschließen, daß wir aber alle solche Mittel, die augenscheinlich für die beabsichtigten Zwecke unwirksam seien, ablehnen und abzulehnen fortfahren müßten. Graf Colloredo bemerkte, daß einige Opfer gebracht werden müßten, um die Allianz Oesterreichs sicherzustellen. Ich sagte, daß ich vollkommen mit ihm übereinstimme, und daß wir alle mögliche Nachgiebigkeit gegen Oesterreich bewiesen haben. Nur aus Defizienz gegen Oesterreich haben England und Frankreich den vier Grundlagen zugestimmt und sich bereit erklärt, auf Friedens-Unterhandlungen einzugehen; um den Ansichten Oesterreichs zu entsprechen und seine Mitwirkung in einer Sache zu sichern, welche ganz wesentlich als seine eigene Sache betrachtet werden könne, sei es geschehen, daß England und Frankreich ein Verfahren eingeschlagen haben, welches sie andernfalls nicht eher befolgt haben würden, als bis die Ereignisse des Krieges die relativen Stellungen der kriegführenden Mächte deutlicher definiert hätten. Graf Colloredo erinnerte alsdann an die großen Interessen, welche Oesterreich auf dem Spiele habe, und an die Gefahr, welche es laufen würde, wenn es in den Krieg mit Rußland eintrete, ohne auf die materielle Unterstützung der Westmächte rechnen zu können, während es das Uebelwollen, wenn nicht die offene Feindseligkeit Preußens und einiger anderer deutschen Staaten zu fürchten hätte. Ich sagte, daß, weit entfernt, diese Rücksichten in Frage zu stellen, die Regierung Ihrer Majestät denselben großes Gewicht beimesse und nie ermangle, den Nachtheilen Rechnung zu tragen, von welchen sich Oesterreich belastet glaube. Oesterreichs Sache sei es, zu entscheiden zwischen den von dem Grafen Colloredo angebotenen Rücksichten und den Verpflichtungen, welche es den Westmächten gegenüber eingegangen sei; welchen Entschluß es aber auch fassen, und welcher Ansicht Oesterreich in Betreff seiner eigenen Interessen und Verpflichtungen sein möge, so werde von Seiten der Regierung Ihrer Majestät keine Anstrengung unterlassen werden, um die freundschaftlichen Beziehungen, welche jetzt zwischen den beiden Ländern obwalten, unverletzt zu erhalten. Auf der andern Seite aber müssen wir beanspruchen, die besten Wächter unserer eigenen Ehre und die besten Richter über unser eigenes Interesse zu sein und Oesterreich werde keine gerechte Ursache zur Beschwerde haben, wenn wir es ablehnen, Bedingungen anzunehmen, welche von uns als unvereinbar mit unserer Ehre und als wirkungslos in Betreff der Zwecke angesehen werden möchten, welche England und Frankreich sicherzustellen sich verpflichtet haben.“

## Telegraphische Depeschen.

Paris, 23. Juli. Der „Moniteur“ berichtet über ein Diner, welches am verfloffenen Montag bei dem Prinzen Napoleon stattfand, und wobei der Prinz eine Rede hielt, folgenden wesentlichen Inhaltes: „Ungedachtet des Krieges habe die Regierung die Industrieausstellung durchgeführt; Frankreich sei das Land der Arbeit, der organisierten Demokratie; die Ausstellung habe den Gedanken der Einigung aller zivilisierten Länder mächtig gefördert.“ — Weiter enthält das amtliche Blatt eine Depesche des Generals Pelissier vom 23. Juli. Der Feind, muthmaßlich alarmirt, habe in der verfloffenen Nacht lebhaft gefeuert, man habe ihm erfolgreich geantwortet; die Lage der Dinge bei Jenikale sei befriedigend.

\* Alexandrien, 7. Juli. Der Gesundheitszustand hat sich seit gestern gebessert, das heutige Bulletin weist nur noch 55 Cholerafälle auf. Se. I. I. Hoheit der Erzherzog Ferdinand Max begibt sich ehestens nach Kairo. Der Vizekönig wird sich an die Spitze einer nach Obergypsen bestimmten Expedition stellen, um den Umrüben der Beduinen zu steuern.

## Neueste levantinische Post.

Der Dampfer „Adria“ ist zu Triest mit Nachrichten aus Konstantinopel vom 16. Juli eingelaufen. Die bedenklichen Nachrichten aus Kars veranlassen die Regierung der Pforte, Truppenverstärkungen nach Trapezunt zu senden; zwei Feldbatterien aus zwei Festungsbatterien bestehend, sind gestern dorthin abgegangen.

Aus Athen wird vom 20. d. berichtet: Zunehmende Theuerung und unerträgliche Hitze verursachen viele Klagen. Auch die Furcht vor der Cholera hat sich der Gemüther neuerdings bemächtigt, besonders seitdem in der Quarantäne zu Syra ein derau-tiger Fall sich ergeben hat.



